

Rede der Landtagsabgeordneten Sigrid Leuschner,

34. Plenarsitzung am 26. März 2008 zu TOP 25:

Beitrag des Landes Niedersachsen zum Schutz irakischer Flüchtlinge

Antrag der Fraktion DIE LINKE, Drs. 16/699

**Beschlussempfehlung des Ausschusses für Inneres, Sport und Integration,
Drs. 16/1064**

**Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen,
Drs. 16/1074**

Einzig (abschließende) Beratung

- es gilt das gesprochene Wort -

Anrede,

die SPD-Landtagsfraktion begrüßt ausdrücklich die Aufnahme irakischer Flüchtlinge. Das auf EU-Ebene vereinbarte Kontingent der Aufnahme von 10.000 Flüchtlingen durch die Länder der Europäischen Union ist ein erster Schritt Menschen, die in ihrer Heimat Gewalt und Verfolgung ausgesetzt waren, eine neue Perspektive zu ermöglichen.

Nach einem in der Vereinbarung festgelegten Verteilungsschlüssel entfallen auf die Bundesrepublik Deutschland 2.500 und davon 233 auf Niedersachsen.

Die ersten 120 irakischen Flüchtlinge des Bundeskontingentes sind bereits letzte Woche Donnerstag in Friedland angekommen

Im Rahmen eines Resettlement-Programms soll diesen Menschen eine Neuansiedlung ermöglicht werden, da für sie eine Rückkehr in ihr Herkunftsland auf absehbare Zeit nicht möglich sein wird.

Aufgrund der erlittenen Verfolgung und der Tatsache, dass in den Nachbarländern des Irak eine weitere Aufnahme und eine dauerhafte Eingliederung von zusätzlichen

Flüchtlingen nicht möglich sind, ist es notwendig, dass sich die Staaten der EU der Verantwortung für die Flüchtlinge stellen.

In Syrien leben derzeit schon 1,5 Mio. Flüchtlinge aus dem Irak und in Jordanien 500.000.

Die Lebensbedingungen und die Unterbringung dieser Menschen sind in den Nachbarländern zwar sehr unterschiedlich geregelt, sie bietet jedoch aus humanitärer und integrativer Sicht keine ausreichende Perspektive.

Auf EU-Ebene wurde vereinbart, dass Personen aufgenommen werden, die eines besonderen Schutzes bedürfen, dazu zählen ältere, alleinstehende Menschen, alleinstehende Frauen mit Kindern, Menschen, die medizinische Hilfe benötigen und ethnische und religiöse Minderheiten sowie Ehepaare, bzw. Familien, die unterschiedlichen Religionsgemeinschaften angehören und im Irak von Verfolgung bedroht sind.

Aus diesem Grund finden wir jegliche Äußerungen nur oder überwiegend Flüchtlinge christlichen Glaubens aufnehmen zu wollen für völlig deplaziert.

Dies gilt natürlich auch für Aussagen die der Oberbürgermeister der Stadt Oldenburg Gerd Schwandner getroffen haben soll.

Er wurde in der Presse wie folgt zitiert: „Die Stadt braucht die Flüchtlinge nicht, wir wollen vor allem Ausländer mit hohem Bildungsabschluss.“ Mittlerweile wird ja behauptet, dass er diese Aussagen nicht getroffen und man ihn falsch zitiert habe.

Uns ist bekannt, dass diese auf EU-Ebene getroffene Vereinbarung, 10.000 irakische Flüchtlinge aufnehmen zu wollen, eine willkürlich gegriffene Zahl ist. Aber aus Niedersachsen heraus eine eigene Initiative zur Aufnahme einer größeren Anzahl von Flüchtlingen zu ergreifen, ist der falsche Ansatz.

Wir meinen, dass es Aufgabe des EU-Parlaments und des Deutschen Bundestags ist, darüber zu beraten und sich ggf. für eine Erhöhung des Aufnahmekontingents einzusetzen.

Einseitig eine Erhöhung des Aufnahmekontingents zu fordern, kann nicht Aufgabe eines Landesparlaments sein.

Aus diesem Grund, meine Damen und Herren, lehnen wir den Antrag der Fraktion Die LINKE ab.

Die SPD-Landtagsfraktion unterstützt, dass die irakischen Flüchtlinge Integrationskurse für die Dauer von drei Monaten in Friedland durchlaufen und danach durch dezentrale Unterbringung auf die Kommunen verteilt werden sollen.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Friedland sind gut auf diese Aufgabe vorbereitet worden und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Organisationen der freien Wohlfahrtspflege, mit denen wir mehrere Gespräche geführt haben, haben in der Betreuungsarbeit hohe Qualifikationen vorzuweisen.

Wir meinen, dass es eine richtige Entscheidung der Landesregierung war, für alle 2500 irakischen Flüchtlinge die Integrationskurse mit einer dreimonatigen Dauer zentral in Friedland anzubieten und danach eine schnelle Verteilung der Flüchtlinge auf die Kommunen vorzunehmen.

Wir halten die Unterkunft in Friedland für geeignet, nicht aber die ZAAB Bramsche.

Aus diesem Grund, meine Damen und Herren, unterstützen wir im Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auch die Aussage, dass keine aufgenommenen Flüchtlinge im ZAAB Bramsche untergebracht werden sollen.

Bramsche dient vielmehr dem Zweck, Flüchtlinge aufzunehmen, die in ihr Herkunftsland zurückgeführt werden sollen.

Und es ist aus unserer Sicht nicht vereinbar, Menschen, die ausreisen müssen, gemeinsam mit Menschen unterzubringen, die für lange Zeit in unserem Land aufgenommen worden sind.

Hier sind Konflikte vorprogrammiert!

Natürlich sind wir auch der Auffassung, dass für Traumatisierte eine besondere psycho-therapeutische Behandlung erfolgen muss.

Die Träger der Freien Wohlfahrtspflege und Flüchtlingshilfeorganisationen sind auf diese Problematik vorbereitet.

Aber, meine Damen und Herren, die Vertreter des Innenministeriums haben uns im Fachausschuss versichert, dass eine Unterbringung von Traums-Erkrankten nicht in Friedland, sondern sofort dezentral erfolgt. Gleiches gilt für kranke Menschen.

Natürlich ist es nicht ausgeschlossen, dass Traumata nicht gleich erkannt werden und erst später wahrgenommen werden. Auch in diesen Fällen soll dann eine dezentrale Unterbringung erfolgen.

Wir haben uns am Montag in der Integrationskommission durch den Innenminister unterrichten lassen, dass eine ausreichende Zahl von Dolmetschern vorhanden ist und auch die von den Organisationen der Freien Wohlfahrtspflege zu Recht geforderte Kostenübernahme für die Personen gewährleistet ist.

Wir werden demnächst nach Friedland fahren und uns über die Bedingungen vor Ort informieren und ich kann ihnen versichern, dass sowohl die SPD-Mitglieder des Innenausschusses und der Arbeitskreises Integration der SPD-Landtagsfraktion die Entwicklung konstruktiv aber auch kritisch begleiten werden.

Meine Damen und Herren, obwohl der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen viele Punkte enthält, die auch immer Position der SPD-Landtagsfraktion waren und sind, müssen wir leider auch ihren Antrag ablehnen, weil sie fordern, dass sich Niedersachsen einseitig bereit erklären soll, statt 233 nunmehr 1.000 irakische

Flüchtlinge aufzunehmen und auf Bundesebene die Initiative ergreifen soll, auf eine Aufstockung des gesamten deutschen und europäischen Kontingents hinzuwirken.

Dieses kann aber nicht Aufgabe eines Landesparlaments sein.

Ich danke ihnen für ihre Aufmerksamkeit.